PR **Personalrat** für die Gesamtheit der Grund- und Mittelschulen beim Staatlichen Schulamt im Landkreis Deggendorf

September 2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie gewohnt erhalten Sie nach den Ferien die neue Ausgabe der Personalratsinformationen.

Sie haben gewählt. Die neue Personalvertretung hat sich konstituiert und übernimmt ihre Aufgaben. Wir danken allen, die sich an der Wahl beteiligt haben und uns Ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, Ihre Anliegen vor Ort zu vertreten. Die Kontaktdaten sind unten aufgeführt.

Wir wünschen Ihnen, hoffentlich nach einer erholsamen Zeit in den Sommerferien, einen guten Schulstart.

ÖPR-Vorsitzender:	Michael Dobler	michaeldobler@online.de	0152 03490970
Stellvertreterin:	Melanie Hiergeist	melaniehiergeist@web.de	
Mitglieder:	Sabine Hauner	h-rsod@freenet.de	
	Birgit Koller	birgit@koller.im	
	Fritz Meier	konrektor@mittelschule-hengersberg.de	
	Erwin Müller	mueller.deggendorf@googlemail.com	
	Andrea Seidl	as@architektseidl.de	
	Anette Röhrl	fremdsprachen@niederbayern.bllv.de	
	Gabi Lehner	gabilehner66@gmail.com	
	Judith Pammer	judith@pammer.de	
	Anna-Lena Grübl	anna-lena-gruebl@gmx.de	

Mit freundlichen Grüßen

Michael Dobler
im Namen des Örtlichen Personalrates

Mehr Geld für Abgeordnete – Beamte müssen warten!

Begonnen hat das Ganze bereits im November 2025. Damals kündigte Ministerpräsident Markus Söder bereits an, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten erst mit einer halbjährigen Verspätung zu übertragen. Zu diesem Zeitpunkt lagen noch nicht einmal die Forderungen der Gewerkschaften auf dem Tisch. Das gab es noch nie!

Als am 14.02.2026 das Tarifergebnis feststand, hielt die Bay. Staatsregierung an Söders Ankündigung fest. Der BLLV und der BBB protestierten lautstark, führten zahllose Gespräche mit den Abgeordneten, riefen zu Demonstrationen und Protestaktionen auf. 30.000 schlossen sich einer Online-Petition an. Doch bis zum heutigen Tag änderte sich daran nichts. Die Verschiebung wurde mittlerweile immer absurder: Bayern rühmt sich gerne als wirtschaftlich stärkstes Bundesland und stellt seine Beschäftigten schlechter als anderen. Es ist nämlich so, dass die meisten Bundesländer bereits per Gesetz die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses beschlossen haben. Die Entscheidung der Staatsregierung ist Ausdruck einer seit geraumer Zeit zu beobachtenden Entwicklung: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf der einen, mangelnde Anerkennung auf der anderen Seite. Wir müssen diese Entscheidung als „Vertrauensbruch“ empfinden. Es werden ständig die Leistungen des Staatsapparates gelobt, aber gleichzeitig jenen größeren Einschnitten aufgebürdet, die den Staat am Laufen halten.

Eine Verzögerung der Besoldungsanpassung um ein halbes Jahr hätte so mancher angesichts der Haushaltssituation vielleicht noch akzeptiert, wenn es da nicht vor wenigen Wochen jene Entscheidung des Bay. Landtages gegeben hätte (veröffentlicht im GVBl. 2026 S. 277). Ohne Diskussion beschlossen die Abgeordneten eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten zum 01.07.26 um sage und schreibe +4,1% und damit um monatlich 417 €. Zusätzlich steigt die Kostenpauschale um 82 €. Die Beschäftigten empfinden das als Affront. Bei einer konsequenten Haltung wäre auch hier ein Hinausschieben der Diätenanpassung dringend erforderlich gewesen. Die Bundestagsabgeordneten in Berlin verzichten in diesem Jahr auf eine Erhöhung, weil – so heißt es - eine Erhöhung der Diäten den Menschen kaum vermittelbar ist.

Doch die Geschichte ist noch nicht zu Ende. In Kürze muss im Landtag über das Besoldungsgesetz endgültig beschlossen werden. Bisher liegt ja nur eine Entscheidung des Kabinetts vor. Es kommt also auf jeden einzelnen Abgeordneten an!

Haben Beamte wirklich großartige Vorteile?

Der ehemalige Vorsitzende des Bay. Beamtenbundes und des Hauptpersonalrats Rolf Habermann sagte regelmäßig: „Jedes Mal, wenn es der Wirtschaft gut geht, werden wir belächelt. Jedes Mal, wenn es der Wirtschaft schlecht geht, werden wir attackiert.“ Doch was ist dran an den Behauptungen über das Beamtentum:

Behauptung: Die Beamten erhalten eine viel zu hohe Pension im Vergleich zu den Renten.

Richtig ist, dass die Pensionen höher sind als die Renten, allerdings sind die Bezüge während der aktiven Zeit bei vergleichbarem Schulabschluss oder Studium deutlich niedriger. Darüber hinaus werden die Nettorenten verglichen mit den „Nettopensionen“. Von diesen „Nettopensionen“ muss noch die Krankenversicherung abgezogen werden, die häufig einen fast vierstelligen Betrag im Pensionsalter ausmacht.

Behauptung: Die Beamten müssen in die gesetzliche Rentenversicherung überführt werden, damit diese finanzierbar bleibt.

Richtig ist, dass bei einer Überführung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu **Mehrkosten** für den Staat von **jährlich 20 Milliarden** führen würde. Das liegt daran, dass die alten Pensionen weiterlaufen würden. Die bereits 1,4 Millionen im Ruhestand befindlichen Beamtinnen und Beamten haben erworbene Rechte. Das kostet den Staat aktuell rund 65 Milliarden €. Zusätzlich müsste der Dienstherr für die aktive Beamtenschaft sofort Beiträge in die Rentenkasse entrichten. Da Beamte im Durchschnitt einen höheren Bildungsabschluss und ein höheres Einkommen als der Durchschnitt der Bevölkerung haben, bauen sie höhere Rentenansprüche auf. Zudem zeigt eine Studie des DIW, dass Beamte im Schnitt eine höhere Lebenserwartung haben. Sie würden damit auch statistisch länger eine Rente beziehen, was die Rentenkassen stärker belasten würde.

Behauptung: Lehrerinnen und Lehrer müssen in ein ganz normales Arbeitsverhältnis übergeführt werden und aus dem Beamtenverhältnis raus!

Richtig ist, dass das Beamtentum von Lehrerinnen und Lehrern für die Gesellschaft von großer Bedeutung ist. Die Beamten sind per Eid verpflichtet, sich für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzusetzen. Eine gerade in der heutigen Zeit eventuell existentielle Bedeutung für den Staat. Nicht zu vergessen ist, dass bereits die Bundesländer Berlin, Sachsen und Thüringen in der Vergangenheit die Verbeamtung aussetzten, aber diese Entscheidung aus Kostengründen widerrufen mussten.

In Auszügen: Erlinger Markus, BLLV-Mittelfranken, in BLLV INFO, Nr.7/2026

AMIS Bayern

AMIS Bayern berät in allen Fragen des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsförderung. Hierzu sind die Mitarbeiter interdisziplinär aufgestellt, arbeiten ganzheitlich und können somit ein umfangreiches Unterstützungsangebot bieten. Dabei setzen sie auf eine enge Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Praxis. Daher tauschen sie sich regelmäßig mit anderen Institutionen und Einrichtungen aus dem Bildungsbereich aus (z. B. Berufsverbände, Hauptpersonalrat). Vgl. ***www.amis-bayern.de***

Sie finden beispielsweise Schulungs- und Trainingsangebote

„Wir möchten Sie fit machen für den Arbeitsschutz und die Gesundheitsförderung an Schulen. Dafür bauen wir fortlaufend ein umfassendes Schulungs- und Trainingsangebot in den Bereichen Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit und Arbeitspsychologie auf. Um möglichst vielen Schulleitungen und Lehrkräften ein Schulungs- und Trainingsangebot zur Verfügung zu stellen, kann dieses auf verschiedenen Wegen in Anspruch genommen werden:“

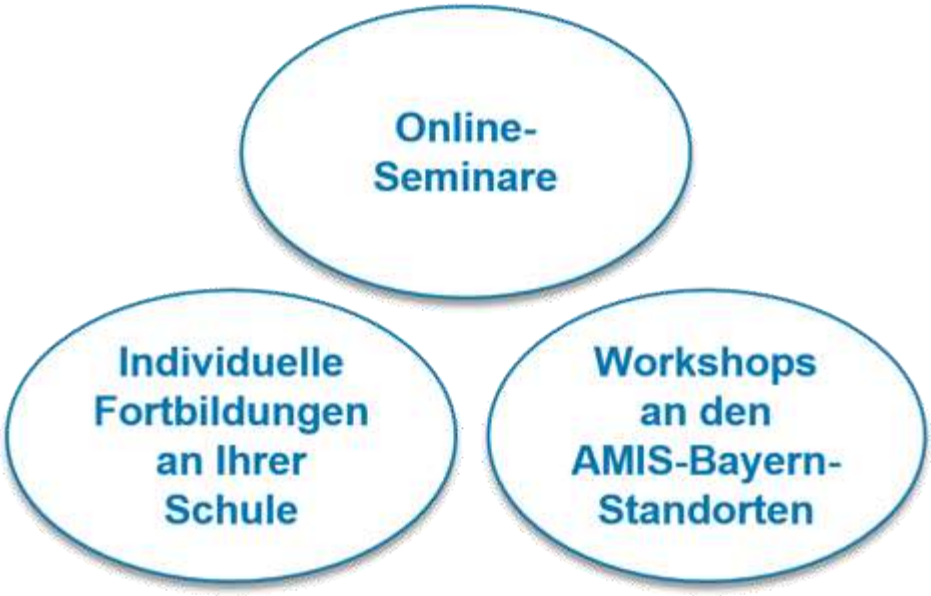

Abbildung: Formatbeispiele für Schulungs- und Trainingsangebote

Folgende **Schulungen und Seminare** werden bereits angeboten:

Lärm im Lehrberuf, Stimme und Sprechen im Lehrberuf, Maschinen im Unterricht Gesprächsführung im Schulalltag, Selbstführung, Selbstlernkurs „Grundlagen im Arbeitsschutz“, Selbstlernkurs "Gefährdungsbeurteilungen"

Quelle: www.amis-bayern.de